

**Von der Konkurrenz zur Kooperation
Zielvorstellungen der Organisationen**

Abdul Hadi Christian Hoffmann
Vorsitzender Muslimische Akademie in Deutschland

Statement auf der Tagung

„Zwischen Politik und Religion: Wohin entwickelt sich der organisierte Islam in Deutschland?“

Ev. Akademie Loccum

15. – 17. April 2005

Mein Statement möchte ich mit einem Kompliment an die Veranstalter beginnen: Selten ist auf einer derartigen Veranstaltung in so kurzer Zeit viel Präzises und Vielfältiges zum Thema gesagt worden, wie in den vergangenen 12 Stunden hier: Wir wurden von Dr. Koenig informiert über die vielfältigen Formen des Umgangs von Religion und Politik in europäischen Staaten, wir hörten von Prof. Schiffauer Grundlegendes über unterschiedliche religiöse Einstellungen von Muslimen und last not least hat mir Prof. Oebbecke eine Plattform geliefert für mein eigenes Statement, indem er davon sprach, dass es im Bereich der Verbände verschiedene Kategorien gibt: Verbände als Religionsgemeinschaften und religiöse Verbände. Ich kann diesen beiden Kategorien, in Bezug auf die Muslimische Akademie, eine dritte hinzufügen: Es gibt auch Verbände von Muslimen, die zu bestimmten, nicht-religiösen Zwecken gegründet wurden.

Der Auftrag der Muslimischen Akademie sei hier kurz dargestellt, da er die Grundlage für das Verständnis dessen ist, was ich zum Thema „Organisationen“ zu sagen habe: Wir sehen unsere Aufgabe darin:

- gesellschaftliche Diskurse zu organisieren
- die persönliche Standortbestimmung von Musliminnen und Muslimen zu unterstützen
- gesellschaftliche und politische Partizipation zu fördern
- das Prinzip der Gleichstellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft und so auch in der muslimischen Gemeinschaft zu verwirklichen
- Ort für den intrareligiösen wie interreligiösen Dialog zu sein.

Durch diese Positionsbeschreibung unterscheiden wir uns klar von anderen Vereinen, die sich als Religionsgemeinschaften sehen oder als religiöse Verbände definieren. Wir sind weder „Repräsentant“ der Muslime in Deutschland noch können oder wollen wir Ansprechpartner sein. Wir sind nicht Konkurrent, sondern ein neuer Anbieter mit einem Programm, das sich von den bestehenden Verbänden klar unterscheidet. Wir sind zur Kooperation mit und zu Serviceleistungen für Verbände bereit. So haben wir durch unser Veranstaltungsangebot bereits zur Diskussion der Frage nach Organisationsformen für Muslime beigetragen. Im Folgenden möchte ich meine persönliche Meinung zu diesem Thema darstellen und erläutern:

1) Muslime haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend organisiert. In der Regel haben sie sich der Rechtsform eines Vereins bedient und Vereine mit einer breiten Palette von Zielen gegründet: Kulturvereine, Moscheebauvereine, Bestattungsvereine, Vereine zur Pflege des wissenschaftlichen Diskurses (z. B. die Gesellschaft muslimischer Geistes- und Sozialwissenschaftler) oder einen Verein zur Förderung der politischen Bildung wie z. B. die „Muslimische Akademie in Deutschland“.

Von einem Unwillen der Muslime, sich zu organisieren, bzw. einer Unfähigkeit, kann also nicht die Rede sein. Auch die Zusammenarbeit von Organisationen, (Beispiel Schura Hamburg), die Kooperation, um ein Ziel zu verwirklichen (ZMD und Islamrat in Nordrheinwestfalen zur Einführung des Religionsunterrichts), oder die Gründung einer neuen Organisation (Islamische Religionsgemeinschaft in Hessen zur Einführung des Religionsunterrichts) gab und gibt es und die kürzlich gemachte Absichtserklärung eines noch engeren Zusammengehens bestehender Organisationen lässt auf eine zukünftige engere Kooperation schließen.

2) Muslime sind bei ihren Bemühungen oftmals auf Widerstand gestoßen. Dieser Sachverhalt an sich ist in einer Demokratie nicht ungewöhnlich. Wo Interessen vertreten werden gibt es auch Gegner dieser Interessen, die sich z. B. als Anwohner- oder Bürgerinitiativen artikulieren. Amts- und Mandatsträger aus politischen Parteien haben die Befugnis über die Anliegen der Verbände zu entscheiden, sie kommen entweder Interessen entgegen oder Verhindern ihre Durchsetzung.

Doch neben dem normalen Widerstreit der Interessen gibt es bei der Durchsetzung der Interessen von Muslimen auch Besonderheiten:

- 1) Auf der einen Seite wurde Jahre lang die Frage gestellt, wer denn der repräsentative Gesprächspartner aus dem Kreis der Muslime sei. Dabei schien es den Muslimen zu Weilen fraglich, ob echtes sachliches Interesse hinter dieser Frage stand oder ob es sich um Verhinderungs- oder Vertagungs rhetorik handelte.
- 2) Zurzeit wird immer öfter eine weitere Frage gestellt, wie denn ein Repräsentationsmodell aussehen könnte und wie der Weg zu einer Anerkennung muslimischer Vertretungen sein könnte. In diesem Fall muss geklärt werden, was denn unter einem Repräsentationsmodell und einer Vertretung verstanden werden kann.

Beide Aussagen sind nur zu verstehen, wenn man die geistigen und organisatorischen Grundfragen von Religion und Staat in Deutschland und in Europa kennt.

Religion und Staat, bzw. Kirche und Staat haben in Deutschland eine besondere organisatorische Verfasstheit. Sie sind geprägt von einem durch Jahrzehnte hindurch entstandenem besonderen Verhältnis: Es gibt ein Staatskirchenrecht und dieses räumt den Glaubensgemeinschaften ganz bestimmte Rechte ein.

Die Politik erwartet nun, dass Muslime, wenn sie denn ihre Religion so gestellt sehen wollen, wie die christlichen Kirchen, sich so organisieren wie es das bestehende Gesetz verlangt. Muslime werden – ob sie es wollen oder nicht – an diesen Voraussetzungen gemessen, und sie werden mit der Frage konfrontiert, wer denn nun der repräsentative, dauerhafte, glaubwürdige Partner des Staates in Fragen der Religion ist.

Muslime haben sich im Jahr 2005 mit ihrem Hamburger Beschluss, sich zu vereinigen, bewegt. Ich bewerte diesen Beschluss positiv und wir Muslime sind gespannt, ob und wie weit sich die Politik bewegen kann. Die Grundfragen, die es zu klären gilt, lautet: Welche Voraussetzungen müssen von beiden Seiten unbedingt erfüllt werden? Wo gibt es politischen und juristischen Spielraum hinsichtlich der – wie Lemmen schreibt – „Frage der Repräsentation im Zusammenhang der Kooperation in bestimmten Angelegenheiten der Religionsausübung...“?

Die Äußerung von Lemmen macht aber auch noch auf eine zweite Frage aufmerksam: Wir müssen uns nämlich auch dessen bewusst sein, dass die angestrebte organisatorische Lösung – eine für Muslime akzeptable und von der Politik akzeptierte – Religionsgemeinschaft des Islam nicht die einzige Form von Organisationen von Muslimen sein kann und wird. Das Staatskirchenrecht regelt einen bestimmten Aspekt, den der Religionsausübung. Alle anderen Erwartungen, die sich in der Interessenvertretung artikulieren, sollten – meiner Meinung nach – entsprechend dem demokratisch, pluralistischen Prinzip organisiert werden, im Sinne von Verbänden mit Lobbycharakter.

Ich denke, wir müssen zu einer vielfältigen Organisationslandschaft kommen: Neben einer Religionsgemeinschaft muss es weiterhin religiöse Vereine geben, mit den unterschiedlichsten Zielsetzungen. Und es muss und wird auch weiterhin Vereine geben, die von Muslimen zu verschiedenen Zwecken gegründet werden. Für sie alle muss gelten, dass sie für diejenigen sprechen, die in ihnen organisiert sind. Und die Tatsache, dass sich die überwiegende Mehrheit der Muslime nicht organisiert, kann kein Grund sein, „nicht nach Möglichkeiten der Kommunikation und Kooperation mit den Organisierten zu suchen.“ (Lemmen)

Die Politik wäre gut beraten, diese Anliegen, soweit es sich um Interessenvertretung in Sinne von Lobbyarbeit handelt, ernst zu nehmen. Denn immer mehr Muslime werden deutsche Staatsbürger, erhalten dadurch das Wahlrecht und in Zeiten knappster Mehrheiten zählt jede Stimme.

Last not least: eine juristisch und politisch abgesicherte Organisation der Muslime alleine wird die bestehenden Probleme des Zusammenlebens von Angehörigen unterschiedlicher Religionen in Deutschland nicht lösen können. Alle Menschen in Deutschland müssen daran arbeiten, dass eine Atmosphäre der intellektuellen und geistigen Offenheit entsteht, in der ein fruchtbarer Diskurs als Grundlage eines Zusammenlebens in Frieden und Freiheit möglich ist.